



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-692
TELEFAX 0611 350-
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

Wiesbaden, den 20.07.2015

Kreiseltererbeirat Groß-Gerau
Simon Hannemann
Michael Rossmüller
Wilhelm-Seipp-Straße 4

64521 Groß-Gerau

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre E-Mail vom 23.06.2015 zur Lehrerstellenzuweisung im Bereich der gymnasialen Oberstufe sowie deren Auswirkungen auf die Grundschulen und Gymnasien im Kreis Groß-Gerau danke ich Ihnen recht herzlich.

Ich darf Ihnen versichern, dass ich die Sorgen vor Ort im Hinblick auf die potentiellen Auswirkungen der Lehrerstellenzuweisung für das Schuljahr 2015/16 sehr wohl nachzuvollziehen vermag. Bei allem Verständnis für die an den Schulen geäußerten Bedenken bitte ich jedoch vor dem Hintergrund der weit über unser Bundesland Hessen hinausreichenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf den Bildungssektor zugleich auch um Nachsicht für die unvermeidlichen Reaktionen der Landesregierung auf übergeordnete und nur in sehr engen Grenzen beeinflussbare Entwicklungen und Prozesse. Als beispielhaft genannt seien in diesem Zusammenhang die vermehrte Berufstätigkeit zweier Elternteile und die dadurch insbesondere in den Städten mittels eines Ausbaus der freiwilligen Ganztagsangebote zu verbessernde Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die im Zuge der steigenden Flüchtlingszahlen erforderlich gewordenen Maßnahmen zur Deutschförderung.

Trotz der vielfältigen Aufgabenstellungen und der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse haben die CDU-geführten Landesregierungen in Wiesbaden in den von ihr zu verantwortenden Haushaltsplänen stets einen klaren politischen Schwerpunkt auf den Bildungssektor gelegt und dabei gerade im Vergleich zur letzten SPD-geführten Landesregierung in Hessen, aber auch im Vergleich zu politisch anders kolorierten Regierungskonstellationen in den benachbarten Bundesländern, herausragende Rahmenbedingungen an den Schulen geschaffen. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur stichwortartig auf die Einstellung von rund 7.000 zusätzlichen Lehrern seit 1999, den Ausbau der Unterrichtsversorgung von 82 Prozent auf 104 Prozent im Landesdurchschnitt, die Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation von 1:20 auf 1:15, die signifikante Verringerung der Klassengrößen, die Abschaffung der Sternchenregelung und das um 200.000 Stunden pro Woche gesteigerte Unterrichtsvolumen. Bereits heute investiert die hessische Landesregierung für eine optimale Ausbildung der gegenwärtigen und kommenden Schülergenerationen mit rund 4,6 Mrd. Euro mehr Geld in die Bildungspolitik als je zuvor in der Geschichte unseres Bundeslandes. Als bundesweit einzigartige Maßnahme haben CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag zudem vereinbart, den schulischen Bereich als einziges Ressort von Kürzungen auszunehmen und die gesamte als Folge des Schülerrückgangs frei werdende demographische Rendite ohne Abstriche im Bildungssystem zu belassen – folglich wird auch im kommenden Schuljahr im Gegensatz zu den Nachbarländern nicht eine einzige Lehrerstelle in Hessen gekürzt.

Ungeachtet dieser massiven Investitionen in den Bildungsbereich lassen sich die bisweilen auf unerwarteten Entwicklungen wie der zunehmenden Flüchtlingswelle beruhenden Schwerpunktsetzungen der gegenwärtigen Bildungspolitik nicht alleine aus der demographischen Rendite und im Rahmen des seit Jahren kontinuierlich aufgestockten Kultusetats finanzieren. Nach ausführlicher Diskussion haben sich die Koalitionsfraktionen daher auf ein Maßnahmenpaket verständigt, das im Sinne einer gerechten

und ausgewogenen Ressourcenzuteilung mit einer moderaten und möglichst breit gestreuten Stellenverlagerung einhergeht und dafür auf unzumutbare Einschnitte zulasten eines Teilbereiches verzichtet. Maßgeblich war dabei eine besonders effiziente und gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen, die im Falle von Umlenkungen insbesondere jene Bereiche tangiert, die bisher deutlich über das im Vergleich mit anderen Bundesländern bzw. im Vergleich zu Vorgaben der Kultusministerkonferenz geforderte Maß hinaus bedacht worden sind. Die Neuberechnung des Faktors für die Lehrerzuweisung im Bereich der gymnasialen Oberstufe ist dabei einer von mehreren Bestandteilen dieses Gesamtpaketes. Bei der im bundesweiten Vergleich bereits außerordentlich niedrigen Kursstärke in der gymnasialen Oberstufe wird der schülerbezogene Zuweisungsfaktor z.B. in der Jahrgangsstufe 12 von 1,73745 Wochenstunden pro Schüler sukzessive auf 1,66020 Wochenstunden gesenkt, so dass die Durchschnittszahl in den Leistungskursen von 16,8 Schülern um maximal einen Schüler pro Klasse erhöht wird. Eine bisweilen von interessierter Seite unterstellte Reduzierung des Pflichtunterrichtes für die Schüler an gymnasialen Oberstufen erfolgt dagegen ausdrücklich nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bächle-Scholz MdL